



Mainz, den 13. November 2019

Pressemitteilung

Abschiebung einer armenischen Familie durch die Kreisverwaltung Kaiserslautern: Wohnung gestürmt, Schutzraum Krankenhaus verletzt, Familie getrennt! Nach Familientrennung reist nun auch kranker Familienvater aus

Nach 10-jährigem Aufenthalt hat der Landkreis Kaiserslautern die armenische Familie P. in der Nacht vom 25. auf den 26. September 2019 nach Moskau abgeschoben. Der AK Asyl - Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz e.V. und der Initiativeausschuss für Migrationspolitik in RLP halten die Umstände der Abschiebung für unvereinbar mit Menschenrechten und dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit:

Sachverhalt: Die Wohnung von Familie P., in der sich lediglich die Mutter mit ihren drei Kindern (13, 8 und 5 Jahre) aufhielt, wurde von maskierten Polizeibeamten mitten in der Nacht ohne Vorwarnung aufgebrochen. Gegen mindestens ein Familienmitglied setzten die Beamten anschließend Pfefferspray ein. Der Familienvater befand sich zu diesem Zeitpunkt in stationärer Behandlung in einer Psychiatrischen Klinik. Der Versuch, ihn trotz akuter Suizidgefahr mit einem massiven Polizeiaufgebot aus der Klinik heraus abzuschieben, scheiterte nur an der Intervention des Klinikpersonals. Die Großmutter der Kinder befand sich am Tag der Abschiebung ebenfalls in stationärer psychiatrischer Behandlung. Sie wurde aus ihrem Patientenzimmer abgeholt. Zusammen mit ihrer Schwiegertochter und den drei minderjährigen Kindern wurde sie nach Moskau abgeschoben. Die Trennung der Familie von Ehemann und Vater wurde in Kauf genommen. Am 6. November 2019 reiste der Vater nach seiner Entlassung aus der Psychiatrischen Klinik nun „freiwillig“ aus.

„Familien mit Kindern und kranke Menschen nachts überfallartig abzuschieben und dafür sogar eine Familientrennung in Kauf zu nehmen, ist unvereinbar mit Menschenrechten und dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz. Die an der Abschiebung Beteiligten haben außerdem wesentliche Vorgaben missachtet, die das Integrationsministerium den Ausländerbehörden gemacht hat“, sagt Pierrette Onanogo, Geschäftsführerin des AK Asyl - Flüchtlingsrat RLP e.V..

Seit Ende 2018 hatte sich das Integrationsministerium in mehreren Rundschreiben an die rheinland-pfälzischen Ausländerbehörden gewandt, um zu gewährleisten, dass Abschiebungen aus Krankenhäusern unterbleiben, das Betreten oder Durchsuchen einer Wohnung zur Nachtzeit vermieden wird und Abschiebeversuche abgebrochen werden, wenn Minderjährige sonst von ihren Eltern getrennt werden würden.

Nach der Abschiebung halten Ehrenamtliche den Kontakt zu der Familie und bemühen sich von hier aus um Unterstützung. Zwei der drei Kinder wurden in Deutschland geboren. Die älteste Tochter, Zhasmin P. lebte seit ihrem dritten Lebensjahr in Rheinland-Pfalz. Sie war eine gute Schülerin und

besuchte das Gymnasium am Ort. Kurz vor der Abschiebung hatte das Mädchen bei der Kreisverwaltung Kaiserslautern den Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25a Aufenthaltsgesetz für gut integrierte Jugendliche gestellt. Die Abschiebung wurde vollzogen, obwohl über den Antrag bislang noch nicht rechtskräftig entschieden ist.

*„Damit hat die Kreisverwaltung Kaiserslautern den Willen des Gesetzgebers, gut integrierten Jugendlichen eine Bleibeperspektive zu eröffnen, kaltherzig unterlaufen“, sagt Torsten Jäger, der Geschäftsführer des Initiativausschusses. „Wie gut integriert Zhasmin P. war, zeigt die Tatsache, dass ihre Mitschüler*innen gleich nach der Abschiebung eine Online-Petition gestartet haben und die Rückkehr von ihr und ihren Geschwistern fordern.“*

Der AK – Asyl Flüchtlingsrat RLP e.V. und der Initiativausschuss für Migrationspolitik in RLP unterstützen diese Initiative und erwarten von der Kreisverwaltung Kaiserslautern, dem Antrag von Zhasmin P. auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach §25a Aufenthaltsgesetz zu entsprechen und ihr zeitnah die Rückkehr zu ermöglichen. Zur Wahrung des Kindeswohls muss die Kreisverwaltung zugleich auch die Wiedereinreise der Familie ermöglichen.

Pierrette Onangolo, AK Asyl - Flüchtlingsrat RLP e.V.
Torsten Jäger, Initiativausschuss für Migrationspolitik

Link zur Petition für Zhasmin P.:

<https://www.openpetition.de/petition/online/zhasmin-und-ihre-geschwister-sollen-wieder-zurueck-nach-deutschland>